

Murnau, den 12.11.2008

Herrn Bürgermeister Dr. Rapp  
und den Marktgemeinderat

Verfahrensweise zur Fällung von wertvollen Bäumen auf gemeindlichem Grund

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Marktgemeinderates,

wir beantragen im Sinne einer echten Bürgerbeteiligung folgende Vorgehensweise bei der Fällung von wertvollen Bäumen auf gemeindlichem Grund:

1. Der Beschluss zur Fällung wird im Bauausschuss in öffentlicher Sitzung gefasst, vorbehaltlich einer Einwendung der „Träger öffentlicher Belange“.
2. Es wird den „Trägern öffentlicher Belange“ der Beschluss mitgeteilt und eine Frist von 14 Tagen eingeräumt, eventuelle Einwendungen vorzutragen.
3. Der Gemeinderat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung auf der Grundlage der vorliegenden Informationen.

Dieses Verfahren gilt nicht, wenn begründete Gefahr im Verzug vorliegt und eine Fällung zur Vermeidung von Personen- und Sachschäden unverzüglich geboten ist. Dies dürfte aber nur selten der Fall sein.

Begründung:

- Zu 1.: Nichtöffentliche Sitzungen können nach den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen nur in ganz wenigen Ausnahmefällen abgehalten werden. Die Fällung von Bäumen in Verantwortung der Gemeinde fällt aus unserer Sicht nicht darunter.
- Zu 2.: Alle Parteien haben sich im Wahlkampf zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung verpflichtet. Wir sollten diesem Anspruch in solch sensib-

len Fällen, die in der Vergangenheit immer wieder zu heftiger öffentlicher Kritik an der Vorgehensweise der Gemeinde geführt haben, nun endlich auch Taten folgen lassen. **Wir wollen betonen, dass dies keine Delegation der Verantwortung auf Gruppierungen / Interessenvertreter außerhalb des Gemeinderates bedeutet, sondern nach wie vor die Verantwortung zu einem endgültigen und abschließenden Beschluss beim Gemeinderat liegt.** Es handelt sich bei der Regelung auch nicht um ein Misstrauen gegenüber der Verwaltung oder fachlich versierter Gemeinderatsmitglieder, **sondern soll nur einem demokratischen Grundrecht unserer Bürger gerecht werden, sich mit ihrer Meinung in den Entscheidungsprozeß einzubringen.**

Der vorgeschlagene Weg führt auch nicht zu einer Komplizierung des Verwaltungshandelns, sondern verlagert eine eventuell notwendige Diskussion ins Vorfeld einer Baumfällung. Wir können als Vertreter der Bürgerschaft zeigen, dass wir uns der Diskussion stellen, um dann nach eigenem Ermessen entscheiden zu können. Eine nachträgliche Diskussion ist ungleich schwerer zu führen und führt zu unnötigem Misstrauen.

Wir bitten um die Behandlung des Antrages im öffentlichen Teil der nächsten Gemeinderatssitzung am 20.11.2008.

Für ÖDP/Bürgerforum  
Barbara Grabmaier  
Holger Poczka

Freie Wähler  
Welf Probst